

Unterschriftensammlung gegen Abwasserbeiträge

Die Bürgerallianz gegen Kommunalabgaben sammelt seit dem Wochenende in Thüringen Unterschriften gegen Abwasser- und Straßenausbaubeiträge. Das Bündnis will ein Volksbegehren gegen die Beiträge initiieren. Dazu muss es in sechs Wochen 5.000 Unterschriften zusammenbekommen. Die Initiatoren wollen erreichen, dass die Städte und Gemeinden in Thüringen beim Bau von Straßen sowie Wasser- und Abwasserleitungen statt Beiträgen von den Grundstückseigentümern Gebühren von den Verbrauchern erheben.



Vom Protest zum Volksbegehren - die Kommunalabgaben sind schon lange umstritten.

Linke und Grüne mit Gesetzentwurf gescheitert

Das Begehren greift einen Gesetzentwurf auf, den Linke und Grüne im Thüringer Landtag eingebracht hatten. Der Antrag war gescheitert. Die Parteien unterstützen jetzt die Initiatoren des Volksbegehrens. Die Regierungsparteien CDU und SPD lehnen das Anliegen hingegen ab.

Der Vertrauensmann des Volksbegehrens, Peter Hammen, sagte, die derzeitige Praxis habe zu übertriebenen Investitionen der Kommunen und Verbände in Straßen sowie Wasser- und Abwasseranlagen geführt. Das wiederum habe überhöhte Beiträge für die Grundstückseigentümer mit sich gebracht. Zudem rücke die Landesregierung von einem Versprechen aus dem Jahre 2004 ab, Kommunen und Grundstücksbesitzer bei den Kosten für Abwasseranschlüsse zu entlasten.

Streit um Kommunalabgaben seit den 90er-Jahren

Die Beiträge, die Städte und Gemeinden für Straßen sowie Wasser- und Abwasseranschlüsse erheben, sind seit den 1990er-Jahren in Thüringen umstritten. Immer wieder hatten örtliche Initiativen gegen die Beiträge protestiert. Schließlich hatten sie sich zu einer Bürgerallianz zusammengeschlossen. Im Landtagswahlkampf 2004 hatte der damalige Ministerpräsident Dieter Althaus Landeshilfen versprochen. Diese Hilfen hatte das Land bis zu 56 Millionen Euro im Jahr gekostet. Die aktuelle Landesregierung will sie deshalb wieder abschaffen.

MDR Thüringen Zuletzt aktualisiert: 26. Juni 2011, 17:17 Uhr

<http://www.mdr.de/thueringen/8766556.html>

Wasserbeitrags-Reform von 2005 soll kassiert werden

Thüringen will die Finanzhilfen für Wasser-Zweckverbände streichen. Das geht aus der Kabinettsvorlage zum Haushaltsentwurf der Landesregierung hervor, die dem MDR THÜRINGEN vorliegt.



Finanzminister Wolfgang Voß will Finanzhilfen streichen

Die Finanzhilfen sollen demnach bis 2017 komplett abgeschafft werden. Nach Angaben des Finanzministeriums gibt das Land derzeit fast 60 Millionen Euro pro Jahr für Zinshilfen sowie zur Unterstützung von Besitzern übergroßer oder unbebauter Grundstücke aus. Diese Hilfen waren von der damaligen CDU-Alleinregierung unter Dieter Althaus vor der Landtagswahl 2004 angekündigt und zum 1. Januar 2005 eingeführt worden. Mit den Finanzhilfen wurden die Wasserzweckverbände in die Lage versetzt, umstrittene Abwasser-Beiträge abzuschaffen.

- [Kabinettsvorlage: Änderung des Kommunalabgabengesetzes](#)

In der Kabinettsvorlage aus dem Finanzministerium heißt es jetzt, das Land könne sich diese Hilfen nicht mehr leisten. Für das zur Abwicklung der Zahlungen gebildete Sondervermögen müsse der Freistaat jährlich Kredite in zweistelliger Millionenhöhe aufnehmen. Nach Angaben des Innenministeriums hat das Land seit 2005 fast 300 Millionen Euro an die Zweckverbände gezahlt. Schätzungen zufolge könnten sich diese Zahlungen bis zum Jahr 2060 auf mehr als zwei Milliarden Euro belaufen. Die Opposition hatte die Gebührenreform stets als "Wahlgeschenk" bezeichnet.

Die Landesregierung will ihren Etatentwurf sowie das dazu gehörende Haushaltssicherungsgesetz nach MDR-Informationen in der Kabinettsitzung am 5. Juli diskutieren.

<http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/5869251.html?4461994>